

Erscheint wöchentlich
einmal: Freitag.
Anzeigen: Die 6spaltige
Borgzelle 20 Pfennig.
Im Abonnement oder bei
Wiederholung entsprechend
billiger.
Schluß der Redaktion:
Dienstag Mittag.

Die Stimme

Abonnement
vierteljährlich 1.— Mark
bei jedem Postamt und in
der Expedition.
Eingetragen in der
Post-Zeitungspreiskliste.
Redaktion und Expedition:
Ulm a. d. Donau,
Reichardtstr. 14, Telef. 1442.

Organ des Gewerkschaftsvereins der Holzarbeiter Deutschlands (S.-D.)

Hauptbüro: Berlin NO., Greifswalderstraße 231/232. — Fernruf: Amt Köpenick 4720.

Alle Zuschriften für Redaktion und Expedition sind zu richten an Fritz Barnholt, Ulm a. D., Reichardtstraße 14. — Geldsendungen an W. Zille, Berlin N.O. 55, Greifswalderstraße 231/232.

Nummer 30.

Ulm a. Donau, den 24. Juli 1914.

25. Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis: Die Kulturaufgabe der Deutschen Gewerkschaften. — Arbeiter in Säg- und Hobelwerken! — Die Pensionsfürsorge der württembergischen Krankenkassenbeamten. — Im Dienste des Allgemeinwohls. — Neue Aufgaben der Berufsvormundtschaft. — Der 15. Verbandstag unserer württ. Eisenbahner. — Berufswechsel. — Rundschau: Die ständige Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt. — Was die Linke nicht wissen, was die Rechte tut. Theorie und Praxis. Die Schulden des Reichs und der Bundesstaaten. Die Textilarbeiter-Aussperrung in der Niederlausitz. Wächter Deutscher Arbeitsnachweis-Kongress in Stuttgart. — Beurlaubungen: Mahagoni, Ebenholz, Kollifander und andere exotische Holz- und Ebenholzer (Fortf.). — Aus den Ortsvereinen: Bremen, Frankfurt a. M., Hamburg, Mothenburg v. Lbr. — Lohnbewegung. — Aus der Rechtsprechung: Ist das Fahrab des Arbeiters pfändbar? — Patentschau. — Literarische Mitteilungen. — Briefkasten der Redaktion. — Versammlungsanzeigen. — Anzeigen.

Die Kulturaufgabe der deutschen Gewerkschaften.

Langsam und zögernd verwirklichen sich neue Gedanken, wie viele schon wurden zu ihren Lebzeiten verkümmert, verfolgt, starben im Elend, weil erst spätere Geschlechter einzusehen vermochten, was solche vorausschauenden großen Geister eigentlich gewollt haben. Alles aber, was sich im Laufe der Zeiten zu verwirklichen und siegreich durchzuführen, mußte auf dem Boden der Wahrheit, der freien Ueberzeugung stehen; Begeisterung, innere, hohe, ist es jeweils gewesen, was in vergangenen Zeiten die Volksmassen zu großen Taten veranlaßt hatte. Aus der lohnmächtigen Stellung im wirtschaftlichen Leben soll der heutige Arbeiter befreit werden, aus Knechtschaft zur Mitherrschaft gelangen, das kann nur durch die Freiheit des Willens, den eigenen, freien Zusammenschluß vieler erreicht werden, Begeisterung verlangt freie Bewegung, setzt eine freiwillige innere Ueberzeugung voraus. Nehmen wir die bestehende Arbeiterbewegung, sie soll das jahrhundertlange Vorurteil gegen die Arbeiter als minderwertige Staatsbürger beseitigen und soll dies gegen das auf Kapitalbesitz und Regierungsmacht sich stützende Unternehmertum durchführen. Dazu gehört Begeisterung, innere, alles absolut durchdringende Ueberzeugung, die wiederum ein Produkt der Freiwilligkeit sein muß.

So, in diesem Sinn, ist eine Partei entstanden, die Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit auf ihre Fahne schrieb und die ganze Welt umspannen wollte, „Proletariat aller Länder vereinigt Euch“, war die Parole. Und wer die Geschichte dieser Partei kennt, der weiß auch, wie deren Verheißung auf fruchtbaren Boden fiel. Geknechtet, ausgebeutet, ausgehöhlet, entrechtet und mit Füßen getreten, wie gerne lauschte dies Volk jenen Verheißungen: Schart Euch um unsere Fahnen, dann wird alles gut. Wir werden Euch befreien von dem Druck der auf Euch lastet, siegreich werdet Ihr den Fuß auf den Nacken der jetzigen herrschenden Gesellschaft setzen, der heutige Staat muß weichen, wir schaffen eine Gesellschaft, wo alle gleich, alle frei sind.

Wie der Funke in einem Pulverfaß, so wirkten derartige, mit glühender Begeisterung vorgetragene Versprechungen, das arbeitende Volk erfaßte diese Idee, neuer Mut, neue Hoffnung erfüllte die abgehärmten, abgearbeiteten Proletarier. Erst klein an der Zahl, mit fanatischem Hass von der herrschenden Gesellschaft verfolgt, unter Ausnahmegeetzen leidend, durch alle Länder gehend, in Ketten geworfen, arbeitslos — heimatlos gemacht. Alles, alles verfügte die herrschende Gewalt, die neuen Gedanken von Freiheit und Gleichheit zurückzubringen — vergebens. Die kleine Zahl überzeugter Anhänger wuchs, ertrug alle Strapazen, setzte sich über alle Verfolgungen hinweg, vermehrte sich, brachte unerhörte Opfer an Geld und Parteiarbeit, die Partei wurde zahlreich, alle gesetzgebenden Faktoren mußten mit ihr rechnen.

Zimmer noch ertönten die Reden, Versprechungen und Verheißungen von Freiheit und Gleichheit, von Brüderlichkeit usw., aber aus den verfolgten, gepeinigten ehemaligen kleinen Minoritäten waren Mehrheiten geworden, und nicht mehr abgehetzte, abgehärmte Proletarier waren es, die von schnellender Begeisterung getrieben die Worte der Freiheit und Gleichheit verkündeten; an deren Stelle waren Leute, deren mit gutem Einkommen und gesicherten Lebensverhältnissen. Die Macht der Partei war gewachsen nach jeder Richtung und nun begann auch in dieser Partei der verheißenden Gleichheit und Brüderlichkeit die geübte Macht ihre zerfetzende Tätigkeit. Nach außen heißt es zwar noch immer: Freiheit — Gleichheit — Brüderlichkeit; es wird immer noch von Staat und Gesellschaft: Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Vereinsfreiheit, Versammlungsfreiheit gefordert; aber jene ehemals verfolgten Minoritäten, die ungelitten solches forderten, auch für ihre Minorität überall Vertretung verlangten: wie verhalten sie sich heute in ihrer Stellung als Majorität? Die ehemalige Minorität vertraute der Macht ihrer Idee, die heutige

Mehrheit will mit brutalem Zwang alle Arbeiter zwingen, so denken zu müssen, wie sie es befehlt. Die Unterdrückung der Versammlungsfreiheit, der Vereinsfreiheit, der Brüderlichkeit, der freien Meinung und eigenen Ueberzeugung ist heute heftiger als je zuvor; aus der Arbeit und Brot werden heute wieder Minderheiten gejagt; mit einem Haß ohne gleichen verfolgt man jene Arbeiter, die die eigene freie Meinung fordern.

Aber nicht mehr der „verroffene“, „verfaulte“, „überlebte“ Staat ist es, der so verfolgt, so unterdrückt, nein! Die Nachfolger jener 12 Jahre lang unter einem Ausnahmegeetz schmachtenden Männer, die heute in vielen Dingen große Majoritäten erlangt haben, sie sind es, die die Freiheit und Gleichheit, die sie immer noch in großen Reden fordern, in der Praxis andersdenkenden Arbeitern gegenüber mit Füßen treten. Sie sind es, die heute die Vereins- und Versammlungsfreiheit unterdrücken, die Arbeiter aus Brot und Stellung jagen ihres Glaubens, ihrer Ueberzeugung wegen. Die Freiheitsfordernden haben sich in Freiheitsunterdrücker verwandelt. Zeugen für derartige Behauptungen sind alle die Tausende deutscher Arbeiter, die heute um ihrer eigenen Ueberzeugung willen verfolgt werden.

Die deutschen Gewerkschaften sind dem gegenüber eine auf demokratischer Grundlage aufgebaute Arbeiterorganisation, versehen mit einer großen Kulturaufgabe, die zum Teil gelöst ist, zum andern Teil noch ihrer Erfüllung harret. Erfüllt dadurch, daß sie der heute bestehenden Arbeiterbewegung die Form und inneren Einrichtungen der Berufsorganisation zeigten und vor-machten, dadurch, indem sie durch ihr heutiges Bestehen zeigen, wie eine neutrale, unabhängige Berufsorganisation arbeiten soll; der Erfüllung noch harrend ist der Zweck, die deutsche Arbeiterschaft zu einer einheitlichen Arbeiterbewegung in irgend einer Form zusammenzuführen. Mancher mag den Kopf schütteln und sich fragen: und das sollten die deutschen Gewerkschaften fertig bekommen? Wir antworten: ganz sicher und zwar, weil es sein muß.

Wenn wir den festen Willen haben zum „Wollen“, dann geht es auch, es schlummert innerhalb der Gewerkschaften noch eine solche große Anzahl treibender Kräfte, die, einmal gewendet, die Zahl der Gewerkschafter und damit deren Kräfte und Einfluß vermehren werden, außerdem, und das ist besonders wichtig, werden immer mehr Kräfte innerhalb der Kreise unserer Gegner, ob sie wollen oder nicht, für die Gewerkschaften tätig sein. Recht und Wahrheit können wohl eine Zeitlang aufgehalten, niemals aber ganz unterdrückt werden. Mit die besten Mitglieder und die zuverlässigsten zugleich sind jene, die schon einige Zeit anderen Organisationen angehört und so durch eigene Erfahrung ein Urteil haben. Sie können am besten beurteilen, ob das Hineinschieben von parteipolitischen oder kirchenpolitischen Fragen in die Berufsorganisationen nützlich oder aber schädlich ist. Gewiß treten auch Mitglieder der Gewerkschaften zu anderen Organisationen über, jedoch in der Regel unter den Einwirkungen irgend welcher Zwangsmittel, alle aber, die aus anderen Organisationen zu den Gewerkschaften übertreten, die tun es ebenfalls in der Regel nur aus freiem Willen, ja, sie haben unter diesem freiwilligen Entschluß mancherlei Verfolgungen zu erdulden. Die auf die geschilderte Art gewonnenen Mitglieder bilden bei jenen Organisationen, wo sie durch Zwang gewonnen wurden, erschwerten den Ballast, bei den Gewerkschaften lebendig treibende Kräfte, die sich mit dem steigenden Unrecht innerhalb der gedachten Organisationen stetig vermehren werden. Das sind jene Kräfte, die für uns arbeiten und deren wachsende Zahl steht in Wechselwirkung mit dem Umfang und dem Tempo, in dem sich das Unrecht und der Zwang anderer Organisationen im allgemeinen und den Gewerkschaften gegenüber vermehrt.

„Wollen“ müssen wir, absolut und bestimmt wollen, denn wenn wir diesen festen Willen zum Gemeingut der Mitglieder gemacht haben, wird auch die Bahn gebnet sein zur weiteren Erfüllung der Kulturaufgabe der Gewerkschaften. Die Gewerkschaften stehen an Zahl den anderen Organisationen zurück und dennoch haben sie dieselben zur Annahme ihrer Organisationsform und des Unterstützungszweckes gezwungen, derselbe Prozeß wird sich bei der Frage der Weltanschauung der Deutschen Gewerkschaften wiederholen; nicht die Zahl allein ist maßgebend, es kommt auf das Recht, auf die Vernunft und auf das „feste Wollen“ an.

Wir Gewerkschafter erfüllen eine Kulturaufgabe, wenn wir für eine bessere Verknüpfung unter der Arbeiterschaft eintreten. Solange eine geeinigte Arbeiterbewegung nicht möglich ist, bleibt nur dieser Weg übrig. Erfreulicherweise mehrten sich die Stimmen für ein besseres Zusammenarbeiten. Auch auf dem letzten Kongress der freien Gewerkschaften in München siegte in manchen Punkten die Vernunft über blindes Draufgängertum. Wir wissen, daß eine einzige Arbeiterbewegung nur möglich ist auf dem Boden einer Weltanschauung. Wirken wir weiter für unsere Grundzüge, unsere Ideale, wie sie im Programm unserer Organisation festgelegt sind. Das ist der rechte Boden, auf dem sich die Arbeiterschaft durch Einigkeit stark machen kann. Und erfolgreich wird dann der Kampf sein wider die Unterdrücker der Freiheit und wider die Feinde des Fortschritts für ein neues geistiges Werden und ein Hinaussteigen der Arbeiter zu möglicher Höhe sozialer und wirtschaftlichen Wohles.

Arbeiter in Säg- und Hobelwerken!

Das Lösungswort der heutigen Zeit heißt: Organisation. Sie ist die Vereinigung der einzelnen Berufe und Stände zur Wahrung und Förderung ihrer Interessen. Was der Einzelne nicht zu erreichen vermochte, erzielt er durch den Zusammenschluß, durch seine Organisation.

Erfreulich ist, daß immer mehr Arbeiter einsehen, daß Klagen über schlechte Verhältnisse allein keinen Wert haben, sondern sie nur gebessert werden können, durch das einzige Mittel, nämlich: die Berufsorganisation. Durch sie hat die Arbeiterschaft sich schon wesentliche Erfolge errungen, die Löhne erhöht und die Arbeitszeit verkürzt. Das ist gewiß gut so, denn auch der Arbeiter hat ein Anrecht auf bessere, menschenwürdigere Zustände, gute und geordnete Wohn- und Arbeitsbedingungen. Die Fortschritte der Kultur sollen auch ihm zugute kommen.

Sehen wir uns aber die Dinge an, wie sie in den Betrieben der Säg- und Hobelwerke liegen, dann erfahren wir manches, was besser sein müßte. Lange Arbeitszeit und schlechte Löhne haben die meisten Arbeiter da noch sehr oft. Warum? Nun, weil die Mehrzahl der Beschäftigten sich nicht organisiert hatte und so versäumten, ihre Lage zu verbessern.

Kollegen, soll dies so bleiben? Spürt ihr nicht auch die Verteuerung aller Lebensbedürfnisse, habt ihr nicht auch den Wunsch, euch und euren Familien zu helfen? Oder habt ihr nicht den Mut, von eurem gesetzlich gewährten Koalitionsrecht Gebrauch zu machen? Nicht hin auf die Millionen deutscher Arbeiter, die sich schon den verschiedensten Gewerkschaften angeschlossen haben, beachtet die starken Unternehmer-Organisationen und Arbeitgeber-Verbände. Sind sie nicht ein-mahnendes Beispiel? „Es nützt ja doch nichts!“ Das können nur diejenigen sagen, die kein Vertrauen mehr zu sich selbst haben und die blind genug sind, die tatsächlichen Erfolge der Organisationen tagtäglich zu sehen.

Der eine meint, daß er auf Grund seines niedrigen Verdienstes seine Beiträge zur Organisation sparen müßte.

Dieser törichte Mann.

Gerade deshalb, weil sein Verdienst nicht im Einklang steht mit dem notwendigen Lebensunterhalt, sollte er die Beiträge nicht sparen, um dadurch es der Organisation zu ermöglichen, hier durch ihren Einfluß Wandel zu schaffen. Der Beitrag für die Organisation soll nicht eine Einbuße an seinem Verdienst sein, sondern ein Mittel zu seiner Erhöhung. Das sollte jeder Mann und besonders jede Frau sich stets vor Augen halten. Haben Klagen allein schon irgendwelche Besserung gebracht? Und wieviele Arbeiter gibt es, die in allen möglichen Vereinen sind, aber die angeblich keine Beiträge übrig haben für den wichtigsten Verein, ihre Berufsorganisation. Sie beweisen damit, daß sie den kulturellen Wert der Arbeiterbewegung noch nicht begriffen haben. Sonst könnten sie eine solche Pflicht gegen sich selbst, der Familie und dem ganzen Berufsstande nicht so vernachlässigen.

Arbeiter in den Säg- und Hobelwerken! Wollt ihr eine Verbesserung eurer Lage, dann fort mit der bisherigen Gleichgültigkeit. Euer eigener Schaden ist es, wenn ihr euch nicht organisiert, eurer Berufsvereinigung fernbleibt.

Tretet darum unserem Gewerkschaftsverein der Holzarbeiter Deutschlands bei, welcher den Schutz und die Förderung der Rechte und Interessen seiner Mitglieder auf dem gesetzlichen Wege der freien Berufsorganisation bezweckt. Namentlich erstrebt er die fortschreitende Verbesserung der Arbeitsverhältnisse, insbesondere des Wohnes und der Arbeitszeit, wirksamen Schutz für Leben, Gesundheit und Sittlichkeit, Fürsorge für alle Notlagen des Arbeiterlebens und angemessene Vertretung gegenüber dem Unternehmer und dem Staate.

Die Pensionsfürsorge der württembergischen Krankenkassenbeamten.

Vt. Das Ende März von den württ. Ständekammern verabschiedete Gesetz betreffend weitere Änderungen der Gesetz über die Pensionsrechte der Körperschaftsbeamten und ihrer Hinterbliebenen, bringt auch für die württ. Krankenkassenbeamten wesentliche Vorteile. Sie sind nun dem Beitrittszwang für die Körperschaftspensionskasse unterworfen, während die Beamten und Unterbeamten der Handels- und Handwerkerkammern, der Innungen und der Berufsgenossenschaften im Landesgebiet Württemberg berechtigt sind, der Kasse beizutreten. Dadurch gehen langgehegte Wünsche in Erfüllung, wie auch der Ausbau der Kasse befriedigend ist.

Der Ruhegehalt für die Mitglieder beträgt, wenn sie nach 9 vollendeten Dienstjahren aus dem Amt scheiden, sei es, weil sie wegen eines körperlichen Gebrechens oder wegen Schwäche ihrer körperlichen oder geistigen Kräfte dienstunfähig geworden sind oder weil sie das 65. Lebensjahr zurückgelegt haben und

durch ihr Alter in ihrer Tätigkeit gehemmt sind, 40 Prozent der pensionberechtigten Bezüge. Mit jedem weiteren Dienstjahr bis zum 40. einschließlich, steigt derselbe um 1/4 Prozent aus dem Betrage der pensionberechtigten Bezüge bis einschließlich 2400 Mk. und um 1/2 Prozent aus dem Betrag derselben, welcher 2400 Mk. übersteigt, bis zur Höchstgrenze einer Pension von 8000 Mk.

Stirbt ein im aktiven Dienst stehendes Mitglied der Kasse mit Hinterlassung einer Witwe oder ehelicher Kinder, die mit ihm in häuslicher Gemeinschaft gelebt haben, und unter 18 Jahre sind, so ist diesen Hinterbliebenen das in festen Bezügen bestehende Dienstverdienst des Verstorbenen bis zum Schluss der Sterbemonats zu belassen. Außerdem haben diese Hinterbliebenen und ebenso die Hinterbliebenen eines im Gemische eines Ruhegehalts stehenden Mitgliedes als Sterbenachgehalt für die auf den Sterbemonat folgenden 2 Monate den Betrag der pensionberechtigten Bezüge oder das Ruhegehalt des Verstorbenen von der Pensionkasse zu beanspruchen.

Hinterläßt ein männliches Familienmitglied, das zur Zeit des Todes einen Anspruch auf Ruhegehalt hatte oder im Genusse eines Ruhegehalts stand, eine Witwe oder eheliche Kinder unter 18 Jahren, so erhalten diese Hinterbliebenen von Ablauf des Sterbenachgehalts an jährlichen Pensionen: für die Witwe 50 Prozent und für jedes eheliche Kind unter 18 Jahren 1/2 der Pensionation, wenn die Mutter noch lebt, sonst 1/3. Hinterläßt ein weibliches Mitglied eheliche Kinder unter 18 Jahren, so erhalten diese von Ablauf des Sterbenachgehalts an jährliche Pensionen von je 1/4 des Ruhegehalts der Verstorbenen. Solange jedoch der Vater der Kinder lebt, ruht der Anspruch auf Witwenpension. Die Witwen- und Waisenpensionen dürfen zusammen nicht mehr als das Ruhegehalt des Familienmitgliedes betragen.

Die im aktiven Dienst stehenden Mitglieder der Pensionkasse haben an die Kasse zu entrichten ein Eintrittsgeld in Höhe eines Zehntel der pensionberechtigten Bezüge bei der ersten Anstellung, sowie eines Zehntel der späteren Erhöhungen dieser Bezüge und als Jahresbeitrag jährlich 2 Prozent der pensionberechtigten Bezüge. Wird das Dienstverhältnis von der Anstellungsbehörde gelöst oder scheidet er aus besonderen Gründen aus der Kasse aus, dann werden auf Verlangen die bezüglichen Eintrags- und Jahresbeiträge ohne Zinsen zurück-erstattet. Die Krankenkassen haben wie die andern Körperschaften 4 Prozent der pensionberechtigten Bezüge ihrer Angestellten an die Pensionkasse zu zahlen, eventuell etwaige Zehlbeträge durch Umlagen zu decken.

Das neue Gesetz, das am 1. Juli 1914 in Kraft getreten ist, bedeutet einen großen sozialpolitischen Fortschritt.

Im Dienste des Allgemeinwohls.

Vt. Das starke Anwachsen der Vermögensbestände der Invalidenversicherung ist schon mehrfach Gegenstand von Auseinandersetzungen gewesen. Es ist nur gut, daß man beträchtliche Teile des Vermögens anlegt im gemeinnützigen Sinne. Die amtlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamtes berichten alljährlich eingehend darüber. Die Darlehen der Invalidenversicherung können nach ihrem Verwendungszweck in 3 Hauptgruppen eingeteilt werden. Die erste Gruppe sind die Wohnungsbau Darlehen für Arbeiterfamilienwohnhäuser und Ledigenheime (Vospige, Lerbergen, Gesellenhäuser usw.). Die zweite Gruppe bilden die Darlehen zur Befriedigung des landwirtschaftlichen Kreditbedürfnisses, die hergegeben werden für Bodenverbesserung, Ent- und Bewässerung, Moortultur, Aufzucht, Wegebau, Kleinbahnen, Hebung der Viehzucht, Fütterung der Futtermittel usw. Die dritte Gruppe bilden die Darlehen zur Förderung von Einrichtungen für die allgemeine Wohlfahrtspflege. In dieser Beziehung sind Gelder gegeben für den Bau von Kranken-

und Genußhäusern, Volkshäusern, Invaliden- und Erholungsheimen. Ferner zur Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege, insbesondere zum Bau von Volksbädern, Wasserleitungen, Kanalisationen, Friedhöfen, Schlachthäusern usw. Dann Gelder für die Hebung der Volksbildung, für Erziehung und Unterricht. Dann findet man darunter Darlehen zum Bau von Gas- und Elektrizitätswerken, Kanal- und Straßenbahnen, Feuerlösch-einrichtungen, für Klimateilungen, Straßen-, Kanal-, Hafen-, Brücken-, Damm- und Uferschuttbauten, Befestigung von Hochwasserständen, für den Bau von Talsperren, für Stadtverweiterungen und für Grundbesitz zwecks späterer Bebauung oder Anlage öffentlicher Plätze, sowie zur Förderung des Gewerbes und der Industrie. Man findet darunter Darlehen zum Bau von Kirchen, kirchlichen Gemeindefürsorgern, Vereins- und Versammlungshäusern, Sanitätsfontänenhäusern, zur Errichtung und für Einrichtungen von Konsumvereinen, Gemeindefürsorgern und Gemeindefürsorgern. Man findet weiter darunter Darlehen zur Errichtung von Heimen für Gemeindefürsorgern, Lehrerinnen, Arbeiter und Arbeiterinnen, für Seefaute, Volks- und Jugendheime, Kleinkinderbewahranstalten, für Taubstummen- und Blindenanstalten, Waisen- und Armenhäuser, gemeindlicher Anstalten zur Beschäftigung brotlos gewordener Arbeiter, Arbeiterkolonien, Wanderarbeitsstätten, für Asyl-, Fürsorgeheime und Anstalten aller Art, für Volkshäuser und für verschiedene Einrichtungen zur Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs.

Was im Laufe der Zeit für alle diese Zwecke an Darlehen ausgegeben wurde bei den einzelnen Hauptgruppen, zeigt nachstehende Tabelle mit Angabe des Vermögensstandes und der Aufwände für eigene Veranlagungen der Invalidenversicherung.

Jahr	Zins zum Schluß des Jahres	Zins zum Anfang des Jahres	Es wurden ausgeteilt			Zins zum Schluß des Jahres	Zins zum Anfang des Jahres
			für Wohnungsbau	für Befriedigung des landw. Kreditbedürfnisses	für allgemeine Wohlfahrtspflege		
1900	845,8	11,6	78,1	55,0	54,0	198,7	28,5
1901	929,2	17,6	87,5	64,6	108,2	277,9	29,7
1902	1007,5	24,4	103,4	67,5	137,8	323,1	32,1
1903	1084,3	29,0	118,4	69,6	148,9	365,9	33,7
1904	1160,4	38,0	133,2	73,5	178,8	418,0	35,0
1905	1237,5	36,2	151,0	75,9	210,6	473,7	38,8
1906	1318,5	41,0	172,6	79,0	245,6	538,2	40,8
1907	1401,1	46,6	195,7	89,8	292,7	624,8	44,5
1908	1489,6	59,7	239,4	95,8	340,1	729,0	49,9
1909	1574,1	56,4	280,5	102,9	389,5	829,0	52,7
1910	1652,2	59,9	320,1	109,6	447,4	937,5	56,4
1911	1759,4	69,9	362,2	114,2	492,5	1022,8	58,1
1912	1929,1	68,3	418,4	113,7	517,3	1117,6	57,9
1913	?	79,8	492,6	119,7	561,9	1244,0	—

Bei den Aufwänden für eigene gemeinnützige Veranlagungen der Träger der Invalidenversicherung handelt es sich um Lungenheilstätten, Tuberkulinstationen, Genußheime, Krankenhäuser, Invalidenheime, um eine Heilstätte für Rheumatische, ein zahnärztliches Institut, eine Wälderholungsstätte, um ein Arbeitsnachweisgebäude und um ein Geschäftsgeschäftsinneheim. Seit dem Jahre 1900, also nach dem Inkrafttreten des Invalidenversicherungsgesetzes vom 13. Juli 1899, sind Vermögensanlagen in steigendem Maße wenigstens so angelegt worden, daß auch die Volkswohlfahrt dadurch gefördert wird. Und das muß auch weiterhin der Fall sein.

Neue Aufgaben der Berufsvormundschaft.

Jeder Vormund wird es als eine seiner wichtigsten Pflichten ansehen, seinem Mündel eine Erziehung zuteil werden zu lassen, die es befähigt, dereinst ein nützliches Glied der Gesellschaft zu werden. Der Junge bedarf bei dem Schulaustritt einer guten Lehre, wenn er nicht als ungelerner Arbeiter mit schwankendem und geringem Lohn durchs Leben gehen soll. Für die Kosten dieser Lehrzeit muß beizeiten vorgesorgt werden. Das

Mädchen, dessen Lebensziel doch in erster Linie die Ehe ist, wird ihrem Vormund dankbar sein, wenn ein kleiner Sparfennig sie in die Lage versetzt, ihren Hochzeitstag nicht hinauschieben zu müssen und ihren jungen Ehestand ohne Schulden beginnen zu können. Diese Vorsorge ist um so bedeutungsvoller, wenn es sich um uneheliche Kinder handelt, da diesen der feste Post der Familie fehlt. Die bisher viel geübte Sparzierigkeit der Vormünder bedarf gerade in solchen Fällen bringend einer Ausgestaltung durch die Versicherung, wenn den Mündeln mit einiger Gewißheit ein kleines Kapital für den Tag des Bedarfes sichergestellt werden soll.

Die sogenannte Berufs- und Lebensversicherung ermöglicht es, den unehelichen Vater des Mündels zugunsten des Kindes versichern zu lassen, ohne daß die Auszahlung der Versicherungssumme durch den etwaigen früheren Tod des Versicherten in Frage gestellt wird. Denn die Pflicht der Beitragszahlung erlischt mit dem Tode des Versicherers. Die Beiträge werden aus den von dem Vater zu zahlenden Unterhaltsgeldern entnommen, die somit nicht über das Maß seiner gesetzlichen Verpflichtungen hinaus befristet sind; es liegt für ihn daher kein Grund vor, seine Zustimmung zum Abschluss der Versicherung zu verweigern. Da die Versicherung von dem Vormund namens des Kindes abgeschlossen wird, so steht dem Vater keinerlei Verfügungsrecht darüber zu. Die laufenden Beiträge werden natürlich bemessen, wieviel in jedem Falle von den Unterhaltsgeldern erübrigt werden kann; die Sparversicherung auf Grund der Zusatzgarantie ermöglicht eine Erhöhung der ursprünglichen Versicherungssumme durch einmalige Zulassung. Durch besondere Vereinbarungen kann dafür Sorge getragen werden, daß die Beiträge nur solange zu entrichten sind, wie die gesetzliche Zahlungspflicht des Vaters besteht; der Ablauf der Versicherung kann aber gleichwohl auf einen späteren Termin verlegt werden. Der Berufsvormund, dem Tausende von Kindern anvertraut sind, wird die Versicherung seiner Mündel im großen Rahmen betreiben. Für seine Vermittlertätigkeit erhält er von der Gesellschaft, mit der er im Vertragsverhältnis steht, eine Vergütung aus jedem Abschluss, sobald er in der Lage ist, einen Hilfsfonds anzulegen. Aus diesem werden dann die Beiträge gezahlt, sobald ein Vater mit seiner Zahlung im Rückstand bleibt, oder es werden mit Hilfe dieser Rücklagen Versicherungen für besonders bedürftige Kinder abgeschlossen. Sollte das begünstigte Kind vorzeitig sterben, so wird der Vormund aus dem dann vorhandenen Guthaben zunächst die Beerdigungskosten tragen. Ob er einen Rest der Mutter oder dem Hilfsfonds zuführt, wird von Fall zu Fall zu entscheiden sein.

So bietet die Volksversicherung im besonderen dem Berufsvormund, der über das Wohl und Wehe von Tausenden von Kindern wacht, die im Schatten aufwachsen, eine wertvolle Unterstützung in seiner ebenso schweren, wie verdienstvollen Arbeit. Sie nimmt ihm manche Sorge um seine Pflegekosten ab und wird wesentlich dazu beitragen, den Lebensweg dieser Kinder sonniger zu gestalten. In der Erkenntnis der hohen Bedeutung dieser Frage, hat es die gemeinnützige „Deutsche Volksversicherung“ unternommen, Verträge auszuarbeiten, welche auf die besonderen Verhältnisse der Berufsvormundschaft zugeschnitten sind und eine zweckmäßige Unterlage für den Abschluss einer Arbeitsgemeinschaft zwischen Volksversicherung und Berufsvormundschaft liefern. Die zahlreichen Berufsvormünder, die wir heute bereits im Deutschen Reich haben, werden daher sicher nicht zögern, sich dieser Aufgabe zu unterziehen und die Volksversicherung in den Dienst der ihnen anvertrauten Kinder zu stellen.

Der 15. Verbandstag unserer württ. Eisenbahner

nahm am Samstag den 11. Juli unter dem Vorsitz des Verbandesekretärs, Landtagsabg. Fischer in Dürrenmühlacker seinen Anfang. In seiner Begrüßungsansprache betonte er, daß die Versammlung unter eigenartigen Verhältnissen tage,

Im Rechtszustand ist das Recht bei der Gewalt; im Rechtszustand ist die Gewalt beim Recht.

Mabagoni, Ebenholz, Poikander und andere exotische Holz- und Edelhölzer.

Ein vorzügliches Werkholz nach Art der vorstehend angeführten Hölzer liefern das weiteren einige amerikanische Nadelbäume. An erster Stelle ist hier das Eichen- (Beech) zu nennen, das in der gesamten amerikanischen Holz- und Bauindustrie von großer Bedeutung geworden ist und auch nach Europa ständig in großen Mengen eingeführt wird. Die Beech ist ein Nadelbaum mit weißer Rinde, ist charakteristisch durch die Eigenheit, an dem oberen Ende zahlreiche junge Triebe und Zweigausläufer zu bilden, welche in ganz Nordamerika auf trockenem und humigen Boden, liefern außer ihrem vorzüglichen Nutzholz auch Holz, Harz und Terpentin, das ebenfalls industriell verwertet wird. Das Holz hat wenig Splint, ist zum größten Teil gut, leicht und sehr dauerhaftes Kernholz von rötlich-gelber Farbe. In seiner Eigenschaften und Festigkeit ähnelt es unserem Buchenholz, besitzt große Widerstandsfähigkeit gegen Wurmbias und Pilze und wird, da es in großen Mengen vorkommt und relativmäßig niedrig im Preise steht, in ausgedehntem Maße zu allen Arbeiten der praktischen Holzindustrie verwandt, besonders zum Bau, Tisch-, Tisch- und Wagenbau, auch zu Deckungen, Wandbekleidungen und Fußböden, besonders auch als Material für die Schiffbauindustrie. Das Holz wird auch in Deutschland viel verwendet, besonders zum Bau von Schiffschrauben, jedoch auch in zahlreichen anderen Zweigen der Holz- und Bauindustrie.

Genießt ein gutes und widerstandsfähiges Holz liefert das Eichen- (Oak) Holz, die sowohl in Amerika als in Europa eingeführt werden. Das Holz ist sehr schwer, wasserfest und sehr dauerhaft, wird daher zu allen Zwecken verwendet, die den Anforderungen an Dauerhaftigkeit, Stabilität und Widerstandsfähigkeit des Materials stellen, besonders zu Masten und anderen Schiffbauarbeiten, zu Mühlenwellen, Eisenbahnwellen und zum Wagenbau. Seiner Eigenschaften wegen verdient es außerdem eine ausgedehnte Verwendung als Fußbodenholz für Langböden. In einigen Gegenden hat das Holz eine rötliche Färbung und wird dann als echtes Eichenholz bezeichnet und in den Handel gebracht. Gutes Kieferholz liefert auch die amerikanische Kiefer- oder Kieferbuche, ebenso die australische Eichen-

kiefer, die übrigens auch oftmals als Eichenholz bezeichnet wird und gutes Bauholz liefert. Alle diese Nadelbäume werden außer zur Holzgewinnung auch zur Fabrikation von Harz und Terpentin in ausgedehntem Maße genutzt, da sie alle diesen Stoff in reicher Menge produzieren. Ein hervorragend wichtiges Nadelholz ist ferner das Quebrachoholz. Der Quebrachobaum ist ein Erzeugnis der Waldvegetation Argentiniens. Quebracho ist spanisch und heißt „Kiefernholz“, ein Name, den die Spanier dem Baum wegen der außerordentlichen Härte seines Holzes gaben, durch den sie sich oftmals ihre Werkzeuge ruinieren. Das Holz hat eine fleischrote Farbe, die an der Luft noch bedeutend nachdunkelt, ist sehr hart und schwer, läßt sich nur schwierig fräsen und ist im Wasser wie an der Luft nahezu unverwundlich. Seiner außerordentlichen Dauerhaftigkeit allen ungünstigen Einwirkungen der Witterung und Feuchtigkeit gegenüber wird das Holz vor allem zu Eisenbahnwellen verwendet; die Quebrachohölzchen dürften gegenwärtig das wertvollste Material dieser Art für den Eisenbahnbau sein und sind in ungezählten Millionen in Amerika wie in Europa in Gebrauch, obwohl das Holz teurer ist wie fast alle anderen zu Eisenbahnwellen verwandten Hölzer. Auch zu Telegraphenmasten, Zaunpfosten und als Bauholz wird das dauerhafte Holz verwendet, wegen seiner hohen Heizkraft wohl auch als Brennholz der Lokomotiven und Fabrikdampfmaschinen. Nicht weniger wie dieser vorzüglichen Eigenschaften wegen ist das Quebrachoholz seines hohen Gehaltes an Gerbsäure, die 20 Prozent des Holzes beträgt, von Wert. Das Quebrachoholz ist heute bereits mit einem der wichtigsten und meistgebrauchten Gerbmateriale geworden, dem die amerikanische wie europäische Leder- und Schuhindustrie eine sehr bedeutende technische Förderung verdankt, während die europäischen Eichenhölzwerke, die bis dahin die wichtigste Quelle der Gerbmateriale für Europa waren, durch Quebrachogerbung eine sehr empfindliche Konkurrenz und eine wesentliche Einbuße erfahren haben. Die Ausbeutung der argentinischen Quebrachowälder liegt gegenwärtig in den Händen von etwa dreißig großen Gesellschaften, und in welchem Maße dafür mag die Tatsache sprechen, daß eine einzige dieser Holzgesellschaften allein täglich ca. 7000 Schwelken liefert. Das Holz wird mit der Art vom Splint befreit und kommt in Stammstücken von etwa 1,5 Meter Länge in den Handel. Der Export des Holzes ist ein ungeheurer und gegenwärtig größer wie der jeder anderen Holzart. Allein nach Deutschland werden jährlich nahezu anderthalb Millionen Doppelzentner des Holzes im Werte von etwa 15 Millionen Mark eingeführt, wozu noch weitere 5 Millionen für Quebrachogerbertraft kommen. Quebrachoholz und Quebrachorinde scheinen dazu berufen, in Zukunft noch eine viel größere Rolle auf dem Welt-Holzmarkt zu spielen, die gegenwärtig noch gar nicht abzusehen ist.

Zu den feineren Möbelhölzern wiederum gehört das Holz des amerikanischen Zuckerahorn, eines der schönsten Schmiedehölzer, das seiner ausgezeichneten schönen Maserung wegen besonders als Furnierholz viel verarbeitet und hoch bezahlt wird. Die für Furnierzwecke bestimmten Teile des Stammes müssen von diesem abgeschält werden, da die eigenartige Maserung nur in den äußeren Schichten des Stammes auftritt. Die grau gezeichneten Furniere dieses Holzes sind unter der Bezeichnung „maple“ im Handel bekannt und werden auch sehr viel nach Europa exportiert. Seinen Namen Zuckerahorn hat der Baum, weil der Saft des Holzes in Nordamerika, besonders in den großen Fabrikanlagen an den Ufern des Mississippi, auf Zucker verarbeitet wird. Ein sehr schönes und geschätztes, zumeist jedoch etwas überschätztes Holz für Möbel und Drechslerarbeiten ist ferner das Rosenholz, von dem es verschiedene Arten gibt. Rosenholzbäume wachsen in allen tropischen Regionen, für den Handel aber kommen im wesentlichen nur einige Baumarten in Brasilien, die das echte Rosenholz liefern, in Betracht, während von den kanarischen Inseln das weiche Rosenholz, auch Rhododendronholz genannt, stammt; auch Ostindien, Afrika und selbst Australien liefern Rosenhölzer von mehr oder weniger Wert. Das Rosenholz ist ein dichtes, festes Holz von rosenroter Farbe, die zwischen hellrot und blutrot schwankt, und strömt überdies einen sehr angenehmen und ausgedehnten rosenähnlichen Geruch aus, Eigenschaften, die den Namen des Holzes vollumfänglich rechtfertigen. Nicht allen Rosenhölzern ist der Rosengeruch gemeinsam, wobei der bemerkenswerte Umstand zu erwähnen ist, daß die Farbe der riechenden Rosenholzarten im Laufe der Zeit verblasst, während die nichtriechenden Aussehen und Farbe unverändert beibehalten. Rosenholz wird zu feinen Tischler- und Drechslerarbeiten, vielfach auch zur Herstellung von Bilderrahmen, verwendet. Ihrer Lichtbeständigkeit wegen eignen sich die nichtriechenden Arten besser für Möbel; zu ihnen gehört auch das ostindische Rosenholz, auch Schwarzholz oder Botanyholz genannt, dessen Farbe im Anfang dunkelviolett ist, dann aber in ein tiefes Schwarz übergeht. Zu den roten duftenden und deswegen auch als gift bezeichneten Rosenhölzern gehören noch das amerikanische oder Jamaika-Rosenholz, das Rosenholz von Cayenne, das seines harter Aromas und seines ätherischen Harzes wegen auch in der Parfümerie- und sogar in der Lebensmittelindustrie viel verarbeitet wird, ferner noch das ozeanische Rosenholz aus Australien mit dunkelrotem Kern und hellrotem Splint, ein sehr dichtes und dauerhaftes Holz. Alle diese Rosenholzarten werden zu kleineren feineren Tischler- und Drechslerarbeiten, vielfach auch zur Intarzia, jedoch auch für größere Zwecke verwendet, wie das ozeanische Rosenholz, das in Australien auch als gutes Holz für den Wagenbau viel verarbeitet wird. (Fortsetzung folgt.)

da neue Personen sich an der Leitung befinden, es sei aber ge-
lungen, den Verband auf eine gesunde Grundlage zu stellen.
Schultheiß S. A. n. d. l. e überbrachte die Grüße der Gemeinde, weitere
Begrüßungsansprachen hielten: die Landtagsabgg. Schauble,
Mater, Keil und Reichstagsabgeordneter Reimath, sowie
Arbeitersekretär W. a. n. h. o. l. - U. m. als Vertreter des Verbands
der Deutschen Gewerksvereine. An den König von Würt-
temberg, den Ministerpräsidenten Dr. v. Weizsäcker und
an den Präsidenten der Generaldirektion der Staatseisenbahnen
v. o. S. i. e. l. e. r wurden Ergebenheits- und Begrüßungsgramme
abgelesen. Nach dem Geschäftsbericht beträgt die Mitglieder-
zahl des Verbandes nunmehr nahezu 8000. Der Kassenbestand
betrug am 30. Juni 1936 M., das Reinvermögen 10 203 M.
Die Anträge, die in großer Menge eingelaufen sind, bezogen sich
auf Geräte und Materialien, Anstellung mit Weberverwendung,
Vohn- und Ortsklassen, Wohnauszahlung, Wohnungsfragen,
Steuern, Auszeichnungen und Titelfragen, Freizeitspiele, Arbeiter-
und Beamtenrecht, Verträge, Dienst- und Ruhezeit, Leitung
und Verwaltung des Verbandes, Kleiderfragen. Mit großer
Mehrheit wurde beschlossen, die Zugehörigkeit
zum Verbande der Deutschen Gewerksvereine (S. D.)
auch fernerhin aufrecht zu erhalten und die Generalversammlung
im nächsten Jahre in Neutlingen abzuhalten. Mit einem
Eod. auf den alten Schwäbischen Eisenbahnerverband schloß
Sekretär Fischer die Beratungen. Im Anschluß fand sodann am
Sonntag vormittag die Generalversammlung der Krankenkasse
statt, auf der Geschäfts- und Rechenschafts- und Kontrollbericht
sowie die Beratung der gestellten Anträge erledigt wurde. Am
Samstag abend veranstalteten die Obmannschaften Maßläder ein
Festbankett. Am Sonntag nachmittag erfolgte der Festzug durch
die Straßen, an dem 110 Obmannschaften des Verbandes mit 3000
Mitgliedern teilnahmen. Auf dem Festplatz wurden verschiedene
Ansprachen, Vieder- und Gesangsbeiträge gehalten. Die Gäste
unternahmen dann am Montag vormittag einen Ausflug zur
Besichtigung des Klosters Maulbronn.

Berufswechsel.

Mit dem Bunchmen der Industrialisierung in Deutschland
mehrten sich auch die Fälle, wo Berufsarbeiter, die ein bestimmtes
Handwerk erlernt haben, später ihren Beruf aus irgendwelchen
Gründen wechseln. Bei den Holzarbeitern ist es mehr ein Bran-
chenwechsel, weil es dem Bautischler nicht schwer fällt, sich auf
größere Möbelarbeit einzurichten. Andernteils ist auch der Ueber-
gang zur Musikinstrumentenbranche nicht gering. Das Drechsel-
gewerbe ist nach und nach immer mehr heruntergekommen, es
hat eine Menge Arbeitskräfte abgegeben, die heute als Polierer,
u. s. w. tätig sind. Nehmliche Vorgänge können wir auch in anderen
Gewerben beobachten.

Ein derartiger Wechsel geschieht nun nicht etwa aus Lieb-
haberei, es sind meistens die Verhältnisse, die den Arbeiter zum
Berufs- oder Branchenwechsel zwingen. Dieses Problem wird auch
in Zukunft noch manches Mal die Öffentlichkeit beschäftigen.

Der sozialdemokratische Zimmererverband hat statistisch fest-
gestellt, daß im letzten Jahrzehnt ein ungeheurer Umschwung
im Zimmergewerbe Platz gegriffen hat. Es heißt dort u. a., daß
ein großer Teil der Zimmerer in einen sozialjungen neuen Beruf
(in den Betonbau) abgeschoben wurde. Die Zahl der reinen
Zimmererbetriebe schmilzt zusammen, dafür dehnt sich der ge-
mischte Baubetrieb, sowie der Betonbetrieb kräftig aus. In den
letzten 7 Jahren sind die Betriebe im Durchschnitt um rund 16 Proz.
gestiegen. Interessant ist noch, daß die Zahl der reinen Zimme-
rerbetriebe im Jahre 1911: 5382 mit 42 742 beschäftigten Zimme-
rern betrug; im Jahre 1913 dagegen waren diese Zahlen zurück-
gegangen auf 4654 mit 28 826 beschäftigten Zimmerern. Die
Zahl der Betonbetriebe ist in diesen 2 Jahren von 390 auf 490
gestiegen, die Zahl der darin beschäftigten Zimmerer von 4587
auf 6672. Insgesamt ist der Zimmererbetrieb zurückgegangen
das kommt sowohl in der Zahl der Betriebe, wie auch in der Zahl
der beschäftigten Zimmerer zum Ausdruck.

Handbau.

Die ständige Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt

(Reichsanstalt) in Charlottenburg, Fraunhoferstraße 11/12, ver-
öffentlicht ihren Jahresbericht für das Jahr 1913. Von dem
Interesse, dessen sich die Ausstellung in immer weiteren Kreisen
zu erfreuen hat, gibt vor allem die stetig wachsende Zahl der Be-
sucher Kunde, die sich von rund 32 000 im Vorjahr auf über
35 000 gehoben hat. Was der Ausstellung vor manchen anderen
ihren besonderen Wert verleiht, sind die sachverständigen Gruppen-
führungen, die auf vorherige Anmeldung jederzeit veranstaltet
werden; solche Führungen fanden im Jahre 1913 574 mit rund
21 000 Teilnehmern statt. Es waren daran nicht nur Berliner
beteiligt, sondern auch von auswärts finden sich häufig Besucher,
vornehmlich Gruppen von Werkmeistern und Arbeitern bestimm-
ter Berufe ein, wie auch besondere Führungen für Aufsichtsbe-
amte, Studiengesellschaften, Teilnehmern an Kursen der verschie-
denartigsten Organisationen, Fortbildungsschulen usw. veranstaltet
werden. Ihrem Inhalt nach hat die Ausstellung im abgelaufenen
Jahre wieder erheblich an Umfang gewonnen. Der im Juni
vor. Jrs. zusammengetretene sachwissenschaftliche Beirat der Aus-
stellung hat unter den vorhandenen Ausstellungsgegenständen
manche bezeichnet, die den Unfallverhütungsvorschriften und ge-
werbehygienischen Anforderungen nicht mehr ganz entsprechen und
daher auszuweichen waren. Es ist Sorge getragen, daß die
dadurch entstandenen Lücken durch neuere Konstruktionen ersetzt
sind. Von mehr als 1100 Ausstellern werden zur Zeit rund
3600 Einzelgegenstände zur Ausstellung gebracht. Eine Neu-
erung besteht in der Veranstaltung von Sonderausstellungen zur
Veranschaulichung der gewerbehygienischen und Unfallverhütungs-
einrichtungen für einzelne Berufsarten; so war u. a. vom April
bis Juli v. J. eine solche Ausstellung von Einrichtungen zum
Schutze der in Metallbrennen u. Metallbeizereien beschäftigten
Personen gegen die schädlichen Wirkungen mikroser Gase geöffnet.
Einen besonderen Wert erhält der Jahresbericht der Ausstellung
durch die Veröffentlichung der Gewerbe- u. a. die der Beirat über
diese Sonderausstellung erstattet hat, und einen Bericht über
sie, der Versuche und Beobachtungen wiedergibt, die der wissen-
schaftliche Hilfsarbeiter der Verwaltung, Regierungsbaumeister
E. r. n. s. t. an den ausgestellten Einrichtungen angestellt hat. Be-
merkenswert ist auch die der Ausstellung angegliederte Sammlung
von Fachliteratur und die Sammlung von Katalogen und Pro-
spekten, die jedem Besucher zur Einsichtnahme zur Verfügung
steht. Daneben wird der Ausstellungsbeitrag und dem Vortragswesen,
für das ein Hörsaal mit Lichtbildapparat und Einrich-

tung zur Vorführung kinematographischer Aufnahmen vorhan-
den ist, besondere Aufmerksamkeit geschenkt. So dürfte die Aus-
stellung ein vortreffliches Mittel zur Orientierung über alle
Fragen des Arbeiterkampfes bieten, so daß ihr Besuch, der unent-
geltlich ist, warm empfohlen werden kann.

Der Jahresbericht ist auch im Buchhandel, Verlag von Sprin-
ger, zum Preise von 2 Mark erhältlich.

Laß die Linke nicht wissen, was die Rechte tut.

In den „Genossenblättern“ konnte man in den letzten Wochen
Schimpfartikel über Schimpfartikel gegen die Baugewaltigen in
beiden Mecklenburg lesen. Daß der „Vorwärts“, das Zentral-
organ der deutschen Sozialdemokratie, dabei nicht fehlen darf,
sei nur nebenbei erwähnt. Derselbe „Vorwärts“, der so gerne
die Mitglieder der übrigen Organisationen als Streifbrecher ver-
bächtigt, kann sich von dem Verdacht nicht reinigen, daß er
gegen die Solidarität seiner Anhänger verstößt, wenn er im
redaktionellen Teil seines Blattes vor Bismarck warnt und im In-
seratenteil — für bezahltes Geld — wiederum durch Anpreisung
offener Stellen Arbeitswillige vermittelt. In der ersten
Beilage des „Vorwärts“ vom 16. Juni steht diese Notiz:

Wachtung! Bauarbeiter!

In dem Lokal von Bartel, Komtinerer Straße 19, werden
jetzt schon fortwährend Maurer, Zimmerer und Hilfsarbeiter
angeworben, die erst in Rostock Beschäftigung finden sollen.
Schließlich aber wurden die Betreffenden von Rostock aus nach
den mecklenburgischen Gütern gebracht, wo sie die Stellen der
durch den pommerischen Bauhewerverband ausgesperrten Bau-
arbeiter besetzen sollten.

Am gestrigen Montag sind wiederum durch Anzeige in der
„Morgenpost“ Bauarbeiter nach diesem Lokal bestellt worden,
die von zwei Unternehmern für einen Ort in Hannover an-
geworben werden. Da die Vermutung sehr begründet ist, daß
auch jetzt wieder die Angeworbenen als Ersatz ausgesperrter
Bauarbeiter gebraucht werden sollen, warnen wir alle Maurer,
Zimmerer und Hilfsarbeiter vor Annahme solcher Arbeit.

Der Vorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes,
Zweigverein Berlin.

Nachdem hier eindringlich gewarnt ist, daß sich keine Zim-
merer, Maurer u. nach Rostock verleiht lassen sollen, bringt
der „Vorwärts“ am gleichen 16. Juni in seiner zweiten Beilage
im Inseratenteil nachstehende Annonce:

Zimmerleute nach Mecklenburg gesucht.

Da die von dem Zentralverband der Zimmerer verhängte
Sperrung des Zugangs von Zimmerern nach Mecklenburg jetzt auf-
gehoben ist, suchen wir für verschiedene Städte Zimmerer für
längere Beschäftigung, meistens bei Landarbeit.

Meldungen und Anfragen sind an den Vorsitzenden des
Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe, Herrn Maurer-
meister H. Heinig in Rostock, zu richten und werden die Ar-
beitsstellen dann nachgewiesen.

Vorne die Warnung und hinten das Inserat, da scheint ja
ein nettes Durcheinander im „Vorwärts“ zu herrschen. — Ja,
ja, laß die Linke nicht wissen. . . .

Theorie und Praxis.

Der sozialdemokratische Parteitag zu Nürnberg beschloß, um
die Matseier wieder etwas lebensfähig zu machen, daß jeder Ge-
nosse, der wegen der Arbeitsruhe am 1. Mai keinen Lohnausfall
habe, einen Tagesverdienst an eine Kasse abzuführen habe, aus
der dann die event. Opfer der Matseier unterstützt werden sollten.
Man sagte mit Recht, wenn der Arbeiter seine Existenz wegen
der Matseier aufs Spiel setzt, sollen die Partei-, Gewerkschafts-,
Genossenschaftsangehörigen und Arbeiter wenigstens einen Tages-
verdienst opfern und bei den vielen Tausenden, die in derartigen
Stellen beschäftigt sind, hoffte man auf eine ansehnliche Ein-
nahme. Jedoch am Geldbeutel hört auch die Gemüthlichkeit bei
diesen Genossen auf und wenn diese zum Teil führenden Per-
sonen auch vor dem 1. Mai vielfach ganz energisch für die volle
Arbeitsruhe am 1. Mai eintraten, Opfer wollten sie, die ihre
Stellung nicht aufs Spiel setzten, auch nicht bringen. Auf den
Parteierversammlungen ließen sie sich rüffeln, als Genossen zweiter
Klasse hinstellen, aber den Geldbeutel hielten sie zu. Es kam
also bitter wenig ein und so wie in früheren Jahren scheint es
auch in diesem Jahre zu haben. Das „Hamburger Echo“ ver-
öffentlicht mehrfach folgenden Aufruf:

Zur Beachtung!

Die in den Arbeiterorganisationen und Arbeiterbetrieben
beschäftigten Arbeiter und Angestellten, die ihren Tagesver-
dienst vom 1. Mai noch nicht abgeführt haben, werden darauf
aufmerksam gemacht, daß am 13. Juli die Sammlung ge-
schlossen wird. Die eingegangenen Beträge werden, wie in den
früheren Jahren, in einer gedruckten Abrechnung veröffentlicht.

Die Parteivorstände.

Das Gewerkschaftskartell

Wenn zwei Monate nach dem 1. Mai diese Aufrufe noch not-
wendig sind, wenn man sich an die Öffentlichkeit wendet, dann
ist dieses ein Beweis, daß nicht einzelne, sondern viele versuchen,
sich um den Beschluß des Nürnberger Parteitages herum zu
drücken.

Die Schulden des Reiches und der Bundes- staaten

haben nach einer im 2. Vierteljahrsheft der Statistik des Deutschen
Reiches 1914 veröffentlichten Uebersicht zu Beginn des Rech-
nungsjahres 1913 die 20. Milliarde überschritten. Sie betragen,
abgesehen von den schwebenden Schulden, 20 179 134 400 Mark
und sind gegen 1912 um 592 Millionen gestiegen. Ein einziges
Mal, zu Beginn des Rechnungsjahres 1911, sind die Reichsschulden
um 32 Millionen zurückgegangen. Seitdem sind sie wieder rast-
los gestiegen und haben 1913 den Höchststand von 4 677 225 300
Mark erreicht. Von den Bundesstaaten weist nur Sachsen eine
ständige Abnahme der Schulden auf: nämlich 861 Millionen gegen
368 (1912) und 961 (1905). Gegen das Rechnungsjahr 1912 sind
zurückgegangen die Schulden in Württemberg von 624 auf 621
Millionen, in Großherzogtum Sachsen von 139,9 auf 139,4 Mil-
lionen, in Braunschweig von 45 auf 43 Millionen, in Schwarz-
burg-Rudolstadt von 4,6 auf 4,5 Millionen. Ganz schuldenfrei
ist nach wie vor Keulz a. S. Auch Anhalt hat keinerlei fundierte
Schulden (die hier allein in Betracht gezogen sind), sondern nur
rund 5 Millionen schwebende Schulden. Außerdem hat Baden
außer seinen 585,8 Millionen Eisenbahnschulden keinerlei andere
Schulden. Sondern man die Eisenbahnschulden aus, so verbleiben
von den 15,5 Milliarden der Bundesstaaten überhaupt nur 3,6
Milliarde auf die Verkehrsanlagen der Hanstaaten entfallen.

Im allgemeinen (ausgenommen natürlich das Reich) gehen die
Reinerträge der Erwerbsstaaten über den Bedarf für die fun-
dierte Staatsschuld hinaus. Preußen z. B. hat 9 266 769 100
Mark Schulden, nach Abzug der Eisenbahnschulden 1 672 069 100
Mark. Der ordentliche Reinertrag seiner Erwerbsanstalten be-
trägt 696,8 Millionen, der Bedarf für die Staatsschuld 431 Mil-
lionen, so daß der Reinertrag über den letzteren um 265,8 Mil-
lionen hinausgeht. Die Zunahme der Staatsschulden ist, da ihr
eine Vermehrung des Vermögens entspricht, nicht weiter bedenk-
lich. Dagegen beträgt für das Reich der Reinertrag 57,1 Mil-
lionen weniger als der Bedarf für die Schulden.

Die Textilarbeiter-Ausperrung in der Nieder- lausitz

ist am Samstag den 18. Juli in Kraft getreten. Weil 60 Walker
und Walkerearbeiter in Forst i. L. berechtigte Forderungen ge-
stellt haben und wegen ihrer Nichterfüllung in den Streik ge-
treten sind, sollen 30 000 Textilarbeiter und -arbeiterinnen, die
mit dem Vorgehen der Walker nicht das geringste gemein haben,
auf das Pflaster geworfen werden. Ein gewaltiger Kampf wird
heraufbeschworen, der schwere wirtschaftliche Schädigungen nicht
nur für die Arbeiterchaft, sondern auch für die Unternehmer
und die gesamte deutsche Volkswirtschaft zur Folge haben muß.

Wir werden auf den Kampf, an dem unser Gewerksverein der
Textilarbeiter auch mit rund 2000 Mitgliedern beteiligt ist, noch
näher zurückkommen.

Achter Deutscher Arbeitsnachweis-Kongress

in Stuttgart am 2. und 3. Oktober 1914. Tagesordnung:
1. Tag (Freitag den 2. Oktober): 1. Berufsberatung und Lehr-
stellenvermittlung. Referenten: Dr. Jaeschke-Düsseldorf, Frau
lein Simon-Berlin. 2. Vermittlung Mindererwerbsfähiger wie
aus Heilanstalten und Strafanstalten Entlassener. Referent: Ober-
präsidialrat Dreyer-Magdeburg. 3. Arbeitsvermittlung und Be-
rufswechsel. Referent: M. Schumacher-Berlin. 2. Tag (Son-
abend den 3. Oktober): Arbeitsnachweis und Arbeitslosigkeit. Re-
ferenten: Prof. Dr. Morgenthaun-München, Dr. Mademaler-Köln,
Stadttrat Dr. Fleisch-Frankfurt a. M. — Zur Teilnahme an dem
8. Arbeitsnachweis-Kongress wird hiermit ergebenst eingeladen.
Anfragen über Angelegenheiten des Kongresses sind an den Vor-
sitzenden der Landeszentrale für die Arbeitsämter Württembergs
in Stuttgart, Herrn Gemeinderat Klein, zu richten.

Zur Arbeitsnachweisfrage.

Die „Holzarbeiter-Zeitung“ kann noch immer nicht glauben,
daß das richtig ist, was wir in Nr. 28 der „Eiche“ über die
Arbeitsnachweisfrage geschrieben. Das kann uns gleich sein, denn
es bleibt doch wahr, was wir sagten, und haben von dem nichts
zurückzunehmen.

o o o o Aus den Ortsvereinen. o o o o

Bremen. In der am Sonntag den 12. Juli abgehaltenen
Ortsverbandssammlung hielt Kollege M. e. s. c. h. a. t. einen Vor-
trag über das Thema: „Haben die deutschen Arbeiter ein In-
teresse an dem Kampf gegen die Trusts?“ Ausgehend von der
wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands vom Klein- zum Groß-
betriebe und vom Agrar- zum Industriestaat wies der Redner
nach, wie dadurch die Massenproduktion immer mehr wachser
wurde, und beim Verkauf der Rohstoffe sowohl wie der Fabrikate
sich das Bestreben geltend machte, die Konkurrenz möglichst aus-
zuschalten. Dies führte dazu, daß die Verkäufer der Rohstoffe
und auch die Arbeitgeber sich mehr und mehr zu Kartellen und
Syndikaten zusammenschlossen. Erreicht wurde dadurch, daß durch
den gemeinsamen Einkauf der Rohstoffe und zum Teil auch beim
Verkauf der Fabrikate eine gewisse Stetigkeit eintrat. Die weitere
Entwicklung des Großbetriebes, die Zusammenlegung von Werken
usw. begünstigte diese Entwicklung und führte schließlich sogar
dazu, daß der einzelne Arbeitgeber einen Teil seines Mitbestim-
mungsrechts preisgeben mußte. Wenn die Arbeitgeber dies mit
in den Kauf nahmen, so geschah es deshalb, weil sie immerhin
Vorteile von diesem System hatten, die sie allein nicht erzielen
konnten. Durch die gegenseitige Ausschaltung der Konkurrenz
wurden vor allen Dingen enorme Unkosten erspart, während sich
gleichzeitig die Gewinne steigerten. In Deutschland ist die weitere
Entwicklung zur Verschmelzung von Betrieben nicht so deutlich
zutage getreten wie in Amerika. Der Redner schilderte nun, wie
in den Vereinigten Staaten die Trusts immer mehr an Aus-
dehnung und Einfluß gewannen und welche volksschädigenden
Praktiken sie anwandten. Die amerikanische Regierung hat sich
genötigt gesehen, gegen dieses Treiben vorzugehen. Wenn ihre
Erfolge auch nicht sehr groß waren, so versuchen die Trusts doch
ihren Einfluß dadurch zu stärken, daß sie ihre Tätigkeit auch
nach Deutschland ausstrecken. Am besten ist dies beim Tabaktrust
zu beobachten. Ob es dem Verbands zur Abwehr des Tabak-
trustes gelingen wird, die Vertrauensdauer aufzuhalten, wird
zum großen Teile von den Rauchern abhängen. Jedenfalls haben
diese auch im eigenen Interesse mit dazu beizutragen, daß der
Tabaktrust nicht die Monopolstellung erlangt. Denn die Arbeiter
sind es letzten Endes, die die Kriegskosten in diesem Kampfe
zu zahlen haben werden. Den Organisationen würde es viel
schwerer werden als jetzt, bei den gewaltigen Kapitalkosten, die dem
Trust zur Verfügung stehen, bessere Lohn- und Arbeitsbedingun-
gen zu erzielen. Das lehren deutlich die Verhältnisse in der
Erzeisenindustrie. Die Arbeiter haben also auf der einen Seite
die Trustfabrikate zu meiden, andererseits müssen sie für den
Organisationsgedanken mehr und mehr Propaganda machen, um
dem Unternehmertum ein ebenbürtiges Gegengewicht gegenüber-
überstellen zu können. Nach einer kurzen Debatte wurde folgende
Resolution angenommen: „Die am 12. Juli abgehaltene Orts-
verbandssammlung erklärt sich mit den Ausführungen des
Referenten über die Frage, ob die Arbeiter ein Interesse an dem
Kampf gegen die Trusts haben, einverstanden. Sie fordert auch
die Arbeiter auf, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln
den Kampf gegen die Trusts zu führen. Die beste Gewähr jedoch,
den Kampf erfolgreich führen zu können, ist eine starke Organi-
sation. Die Veranantwortung fordert deshalb erneut zur energischen
Arbeit für die Deutschen Gewerksvereine auf.“

Frankfurt a. M. Am Samstag den 11. Juli erläuterte
in unserer Mitgliederversammlung Kollege S. k. e. i. n. e. r die Not-
wendigkeit einer Beitragserhöhung. Die Abstimmung ergab dann
auch, daß sämtliche Kollegen dafür waren, daß der wöchentliche
Festbeitrag ab 1. August 25 Pfg. beträgt. Der Gesamtbeitrag
für den Gewerksverein demnach 65 Pfg. pro Woche. Nach
Besprechung verschiedener Angelegenheiten konnte der Vorsitzende
Kollege L. a. u. die gut verlaufene Versammlung schließen. Noch
lange aber waren dann die Kollegen noch gemütlich zusammen.
Wilhelm Thiele, Schriftführer.

Hamburg. Eine öffentliche Versammlung der Bergolber und Goldleistenarbeiter nahm Stellung zu der eventuellen Kündigung des Tarifvertrags. Der Referent jedoch wies auf die wirtschaftliche Depression in der Goldleistenindustrie hin und empfahl der Versammlung, den Tarifvertrag nicht zu kündigen. Nach sehr lebhafter Aussprache wurde eine Entschließung angenommen, in der die Versammelten erklären, in Anbetracht der allgemeinen schlechten Konjunktur in der Goldleistenbranche von einer Tarifkündigung abzusehen und das Vertragsverhältnis auf ein weiteres Jahr bestehen zu lassen.

Rothenburg o. Tauber. In unserer letzten Versammlung war auch unser Kollege T r e u - Jülich erschienen, um uns Bericht über die 14. Generalversammlung in Berlin zu erstatten. In verständlicher und trefflicher Weise erledigte er sich in einflüchtigen Worten seiner Aufgabe. Außer dem Beschluss über die 10 Prozent Verwaltungskosten waren sämtliche Anwesende mit der Entscheidung der Generalversammlung einverstanden. Insbesondere wurde es begrüßt, daß die älteren Mitglieder künftig in bezug auf Umerhebungen begünstigt werden. Mit Dankesworten an den Referenten konnte der Vorsitzende Kollege K e r n d t n e r die Versammlung schließen, die von mehreren Kollegen hätte noch besucht werden können, wenn nicht besondere Gründe daran hinderten. Am Nachmittag konnten wir mit unserem Gast noch die Sehenswürdigkeiten unserer alten Reichsstadt besichtigen und Kollege T r e u, der zum erstenmal hier weilte, wird sicher manche Erinnerung bei seiner Heimreise mitgenommen haben. Möge nun jeder im Sinne der Generalversammlungsbeschlüsse wirken und fleißig für eine Stärkung unserer Mitgliederreihen agitieren. Kollegen, seid auf dem Posten! Leo Heinlein, Schriftführer.

□ □ □ □ □ **Lohnbewegung.** □ □ □ □ □

Der Kampf in den Linke-Hofmann-Werken erlebte.

Durch die Ablehnung des von der Firma an die Arbeiter am 4. Juni er. gestellten Ultimatums war eine Ruhe in die Bewegung eingetreten; auf beiden Seiten wurde im stillen ernst und mit zäher Ausdauer gekämpft, wovon sich der Unbeteiligte keinen Begriff machen kann. Tausende von Mark sind zur Heranziehung neuer Arbeitskräfte ausgegeben, aber auch an Warnungsinsinuation hat es nicht gefehlt. Die Absicht der Direktion, einen neuen Arbeiterstamm sich zu schaffen, die Durchführung dieses Problems aber der Firma Millionen kosten würde, dieses allein wird wohl entscheidend gewesen sein, daß die Firma versuchte, mit ihren alten eingearbeiteten Leuten wieder zu verhandeln, und ist dies nicht ohne Erfolg gewesen.

Am Dienstag den 14. Juli haben Firma und Arbeiterkommission verhandelt; gleich zu Anfang zog der Geist der Versöhnung und Verständigung ein, wenn auch Dr. Eichberg versuchte, scharfmacherische und trennende Momente hinein zu tragen, so prallten diese an der Vernunft auf beiden Seiten ab.

Das Ergebnis der 4 1/2 stündigen Verhandlung wurde am Donnerstag vormittag, nachdem die Streikleitung und die Vertrauensleute in eingehender Weise schon beraten hatten, den Streikenden und Ausgeperrten in 6 Versammlungen vorgelegt und mit 3007 Stimmen gegen 406 Stimmen angenommen.

Wir erhalten über diese Versammlungen folgenden Bericht:

Die Kommissionsmitglieder erstatteten im Gewerkschaftshause, bei Bergner, Mikulle, Hentschel, Heize und im Duppeler Schlossbräu den Verhandlungsbericht. Das Ergebnis der Verhandlungen ist in 5 Punkten festgelegt, in welchen — über die bisherigen Durchschnittsverdienste, die Akkordänderungen, der Massenarbeit, der Nachprüfung und Erhöhung der Akkorde, der Hochhaltung des Koalitionsrechts, der Einstellung der Arbeiter, desgleichen der Wiedereinstellung in die alten Rechte und Lohnsätze, der Garantie des Stundenlohnes der Gießereiarbeiter, der Ausgleitung der Arbeiter im Ziehmotorenbau usw. — bestimmte Angaben gemacht sind. Nach eingehender Diskussion wurde mittels Stimmzettel geheim abgestimmt und zeigte die Abstimmung oben benanntes Ergebnis.

Die Kommission wurde beauftragt, das Ergebnis an die Direktion weiter zu geben, damit über den Tag der Wiederauf-

nahme und der Einstellung der verschiedenen Abteilungen noch eine Verständigung herbeigeführt werde.

Aus diesem langen und nicht unerhebliche Opfer kostenden Kampf mögen beide Parteien Lehren ziehen; sie haben ihre Stärke gemessen, der eine konnte den andern nicht niederzwingen, es sollte und durfte keinen Sieger und Besiegten geben. Die Lehren, eine rechtzeitige Verständigung zwischen Kapital und Arbeit herbeizuführen, den Arbeiter als Mensch und Person anzuerkennen, ihm seine gesetzlichen Rechte zuzugestehen, und ihm ein Mitbestimmungsrecht bei der Festsetzung der Arbeitsbedingungen einzuräumen, diese sind herauszuziehen und mögen sie auf beiden Seiten Beachtung finden; Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind auf sich gegenseitig angewiesen. Mögen sie nun versuchen, sich das verlorene gegangene Vertrauen wieder zu erwerben, damit sie sich vor Enttäuschungen bewahren.

□ □ □ □ □ **Aus der Rechtsprechung.** □ □ □ □ □

Ist das Fahrrad des Arbeiters pfändbar?

Einem Arbeiter war das Fahrrad gepfändet worden. Er rief die Entscheidung des Gerichts an, weil er das Fahrrad zur Erreichung seiner weit abgelegenen Arbeitsstelle unbedingt gebrauchen müsse. Das Amtsgericht wies diesen Einwand zurück, während das Landgericht den Beschluß des Amtsgerichts wieder änderte. Das Kammergericht aber stellte den Beschluß des Amtsgerichts wieder her und zwar, wie die Blätter für Rechtspflege im Bezirk des Kammergerichts schreiben, mit folgender Begründung: „Es kann sich nur fragen, ob das Fahrrad deshalb unpfändbar ist, weil es dem Schuldner zur persönlichen Fortsetzung seiner Erwerbstätigkeit unentbehrlich ist (§ 811 Ziff. 5 B.P.O.). Dies ist zu verneinen. Der Schutz der genannten Bestimmung beschränkt sich auf Künstler, Handwerker, gewerbliche Arbeiter und andere Personen, die aus der Handarbeit und sonstigen persönlichen Leistungen ihren Erwerb ziehen und erstreckt sich auf die zur persönlichen Fortsetzung der Erwerbstätigkeit unentbehrlichen Gegenstände. Unpfändbar sind also nur Sachen, die mit der Ausübung der Erwerbstätigkeit des Schuldners in unmittelbarem Zusammenhang stehen, die für die Erwerbstätigkeit des Schuldners kennzeichnend sind. Diese Voraussetzungen trifft für das hier streitige Fahrrad, das der Schuldner benutzte, um zu seiner Arbeitsstelle zu gelangen, nicht zu. Daß auch Fahrräder unter den Schutz des § 811 Ziff. 5 B.P.O. fallen können, ist nicht zu bezweifeln; so ist z. B. ein Motorrad, das ein Brauereivertreter dazu gebrauchte, um seine Geschäftskunden persönlich aufzusuchen, für unpfändbar erklärt, weil der Schuldner mit Rücksicht auf ein Beinleiden am längeren Gehen verhindert war und genügende Eisenbahnverbindungen nicht gegeben waren. Anders verhält es sich aber im vorliegenden Falle; die Benutzung des Fahrrades, um zur Arbeitsstelle zu gelangen, enthält nichts für die Ausübung der gewerblichen oder handwerksmäßigen Tätigkeit Charakteristisches; kaufmännische Angestellte, die nicht zu den in § 811 Ziff. 5 B.P.O. aufgeführten Personen gehören, benötigen im gegebenen Falle in gleicher Weise wie der Arbeiter des Fahrrades, um zur Arbeitsstelle zu gelangen. Das Fahrrad unterliegt hiernach im vorliegenden Falle der Pfändung.“

□ □ □ □ □ **Patentwesen.** □ □ □ □ □

Mitgeteilt vom Reichs-Patentamt Johannes Koch, Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 59. ... Zustände kostenlos.

Angemeldete Patente:

- Nr. 75 c. V. 12188. Verfahren zur Herstellung von gewölbten und profilierten Intarrien und Intarrienleisten. Artur Voigtländer und Josef Waldhausen, Düsseldorf. Angemeldet 14. 10. 13.
 - Nr. 75 c. W. 44638. Apparat zur Herstellung von Holzmalerei. Wilhelm Weichmann, Birmaßens (Pfalz). Aug. 12. 3. 14.
- Gebrauchsmuster:**
- Nr. 34 i. 609 085. Möbelstuhlrolle. Willy Katerndahl, Döhm bei Wermelskirchen. Aug. 16. 6. 14.
 - Nr. 34 i. 610 053. Gleitbuhl mit Puffereinlage. Friedrich im Schlaa, Jierlohn. Aug. 2. 6. 14.

Anzeigen.

Für den Inseratenteil ist die Redaktion den Lesern gegenüber nicht verantwortlich.

Gewertvereins-Liedertafel Groß-Berlin.

Am Sonntag den 26. Juli 1914
Mondscheinfahrt mit Musik
nach Schmetterlingshorst.
Abfahrt präzis 9 1/2 Uhr von der Kneberei Robeling, Jantowitzbrücke (Schönhagen).
Es ladet ergebenst ein
der Vorstand.

Diese gute 6 Pf.-Zigarre kostet bei mir nur 3.— Mk. per 100 Stück.

100 St. feine 7 Pf.-Zigarren 3.50 Mk., 100 St. feine 8 Pf.-Zigarren 4.— Mk., 100 St. hochf. 10 Pf.-Zigarren 5.— Mk., 100 St. hochf. 12 Pf.-Zigarren 6.— Mk. Feinste Zigaretten.

ten zu billigsten Preisen liefere ich, weil ich ganze Lager aus Lombardspeichern usw. aufkaufe. Ein Versuch führt zu dauernder Kundenschaft. 500 Stück franco. Nichtkonvenientes Zurücknahme oder Umtausch. Versand von 100 Stück an.

Th. Peiser, Verandhaus, Berlin 54. Neue Schönhauser Straße 16. Begr. 1866.

Sofort gesucht
2 Holzarbeiter f. Dürenfabrik (geliebte Bohrer bevorzugt). Meldungen erbeten an Aug. Steiner, Kaffierer, Frankfurt a. M., Eib. Elisabethenstr. 12 I.

Frankfurt a. M. Das Arbeitersekretariat und der Arbeitsnachweis der deutschen Gewerkschaften befindet sich Alte Mainzerstraße 90. Durchreisende und arbeitslose Kollegen wollen sich dort melden.

Selkenkirchen. Durchreisende Kollegen erhalten vom Ortsverband 1 Mk. bei W. Mayer, Josefstr. 30.

Der Arbeitsnachweis des süddeutschen Bezirks befindet sich
Ulm a. D., Reichardtstr. 14.
Die Vorstände der Ortsvereine werden dringend ersucht, offene Stellen und arbeitslose Kollegen sofort nach hier zu melden; desgleichen die Adressen von denjenigen Mitgliedern des Ortsvereins, die außerhalb des Stadtbezirks wohnen oder arbeiten.
Die Bezirksleitung
J. U. Varnholt.

Französisch übt oder lernt man rasch und gründlich, wenn Vorkenntnisse schon vorhanden, mit Beihilfe einer französischen, englischen oder italienischen Zeitung. Dazu eignen sich ganz besonders die vorzüglich redigierten und bestempfohlenen zweisprachigen Lehr- und Unterhaltungsblätter
Le Traducteur, The Translator, Il Traduttore
Probekostenlos für Französisch, Englisch oder Italienisch kostenlos durch den Verlag des Traducteur in La Chaux-de-Fonds (Schweiz).

Leipzig. Druckreife Gewerkschaftsblätter erhalten die Karten für das Ortsverbandsarchiv beim Ortsvereinssekretär. Für Abendbrot und Nachtquartier haben dieselben im Lokal „Stadt Hannover“ Leipzig, Seeburgstr. 27 Gültigkeit.

„Die Eiche“
Organ des Gewertvereins der Holzarbeiter Deutschlands
Jahrgang 1913
auf feinem Schreibpapier gedruckt, sauber gebunden, ist für unsere Mitglieder, Vereinsbibliotheken und Verbandsvereine zum Preise von Mk. 3.50 einschließlich Porto zu beziehen durch die Expedition in Berlin NO. 22, Graefswalder Straße Nr. 221-23.
Jedem Jahrgange kosten nur Mk. 2.50 per Exemplar.

Das Bureau des Danziger Bezirks befindet sich bis 1. Oktober 1914 Danzig-Mittl., Graben Nr. 32, II. Arbeitslose Mitglieder und offene Stellen sind sofort nach dort zu melden.
W. Mroczkowski, Bezirksleiter.

Das Arbeitersekretariat des Verbandes der Deutschen Gewerkschaften in Hamburg befindet sich Marktstr. Nr. 18, Telefon: Gruppe VI, Nr. 9715. Arbeitersekretär Gerhard Meuthen.